

dies. *Frederic Spotts*, ein amerikanischer Diplomat, der sich über ein Jahrzehnt mit deutschen kirchlichen Fragen beschäftigt hatte, ließ 1976 seine bereits 1973 in den USA publizierte Studie „Kirchen und Politik in Deutschland“ auch in der Bundesrepublik erscheinen. Im katholischen Lager stieß das Buch auf heftige Kritik, entsprach aber einem auch im außerkirchlichen Bereich vorhandenen Bedürfnis, einen kompakten Überblick über die politische Rolle von Katholizismus und Protestantismus nach 1945 zu bekommen. Alle Ansprüche, die hier anzumelden wären, vermag Spotts nicht zu erfüllen. Seine Quellenbasis ist begrenzt, auch bei der schwierigen Archivsituation hätte er intensiver deutsche Periodika auswerten müssen, womit sich manche Ungenauigkeiten hätten vermeiden und Lücken hätten schließen lassen. Ein „Standardwerk“ ist Spotts also nicht. Gleichwohl hat er den Blick auf wichtige Punkte im Staat-Kirche-Verhältnis der Bundesrepublik gelegt, so z. B. den letztlich zuungunsten der Kirche entschiedenen Streit um die Konfessionsschule in den fünfziger und sechziger Jahren.

Ungleich kirchenfreundlicher als Spotts sind zwei von *Anton Rauscher* und *Albrecht Langner* herausgegebene Sammelbände angelegt: „Kirche und Katholizismus 1945–1949“ und „Katholizismus im politischen System der Bundesrepublik 1949–1963“. Das Spektrum des ersten Bandes reicht von der „Stellung der Kirchen in den Länderverfassungen der Nachkriegszeit“ (*Bengt Beutler*) über „Die katholische Kirche und die Entstehung des Grundgesetzes“ (*Klaus Gotto*) und „Der Heilige Stuhl und Deutschland 1945–1949“ (*Ludwig Volk*) bis hin zu „Neuansätze der gesellschaftlichen Präsenz von Kirche und Katholizismus nach 1945“ (*Karl Forster*). Zu den Beiträgen des zweiten Bandes zählen u. a.: „Die deutschen Katholiken und die Wahlen in der Adenauer-Ära“ (*Klaus Gotto*), „Katholizismus und Unionsparteien in der Ära Adenauer“ (*Rudolf Morsey*) sowie „Katholizismus und deutsche Sozialdemokratie 1949–1963“ (*Jürgen Aretz*).

Mit diesen beiden Bänden ist erst einmal ein gewisses Gerüst geschaffen. Es fordert Ergänzungen, sollte aber auch Zweifel an der Richtigkeit kirchenpolitischer Ziele erlau-

ben. – Lesenswert schließlich sind die Untersuchungen von *Martin Stankowski* „Linkskatholizismus nach 1945. Die Presse oppositioneller Katholiken in der Auseinandersetzung für eine demokratische und sozialistische Gesellschaft“ (Köln 1975) und von *Franz Focke* „Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Idee eines christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU“ (Wuppertal 1978). – 1980 sind zwei weitere Studien zu erwarten: „Katholische Kirche und staatlicher Wiederaufbau Westdeutschlands 1945–1950“ (*Burkhard van Schewick*) und „Der deutsche Katholizismus und die Frage der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland“ (*Anselm Doering-Manteuffel*). – Ob dieser Trend, kirchliche Zeitgeschichte nicht 1945 enden zu lassen, anhält und sich verstärkt, hängt freilich zu einem guten Teil davon ab, wieweit sich die kirchlichen Archive einer solchen Forschung öffnen. *Martin Höllen*

Literaturangaben:

- Dieter Albrecht* (Hrsg.), Katholische Kirche im Dritten Reich. Eine Aufsatzsammlung zum Verhältnis von Papsttum, Episkopat und deutschen Katholiken zum Nationalsozialismus 1933–1945. M.-Grünwald-Verlag, Mainz 1976 – 272 S. (Topos-Taschenbücher, Bd. 45)
- Albrecht Langner* (Hrsg.), Katholizismus im politischen System der Bundesrepublik 1949–1963. (Beiträge zur Katholizismusforschung. Hrsg. v. Anton Rauscher. Reihe B: Abhandlungen). Verlag Schöningh, Paderborn 1978 – 142 S.
- Guenter Lewy*, Die katholische Kirche und das Dritte Reich. Aus dem Amerikanischen v. H. Schulz. Verlag Piper, München 1965 – 450 S.
- Heinrich Missalla*, Für Volk und Vaterland. Die Kirchliche Kriegshilfe im Zweiten Weltkrieg. Verlag Athenäum, Königstein/Taunus 1978 – 215 S.
- Rudolf Morsey*, Der Untergang des politischen Katholizismus 1932/33. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und ‚Nationaler Erhebung‘ 1932/33. Verlag Belsler, Stuttgart / Zürich 1977 – 279 S.
- Anton Rauscher* (Hrsg.), Kirche und Katholizismus 1945–1949. (Beiträge zur Katholizismusforschung. Reihe B: Abhandlungen). Verlag Schöningh, München / Paderborn / Wien 1977 – 167 S.
- Klaus Scholder*, Die Kirchen und das Dritte Reich. Bd. I: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934. Verlag Ullstein (Propyläen), Berlin (u. a.) 1977 – 897 S.
- Frederic Spotts*, Kirchen und Politik in Deutschland. Mit einem Nachw. z. dt. Ausg. v. F. Weigend-Abendroth. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1976 – 358 S.
- Ludwig Volk* (Bearb.), Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945. Bd. IV: 1937–1939. [Bearb. Bd. I–III: Bernhard Stasiewski] (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe A: Quellen, Bd. 30). M.-Grünwald-Verlag, Mainz 1980.
- Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Hrsg. v. Jürgen Aretz, Rudolf Morsey u. Anton Rauscher. 4 Bde. M.-Grünwald-Verlag, Mainz 1973–1980.

Länderbericht

Wird Sambia kommunistisch?

Die Kirchen warnen vor dem Abgleiten in den „wissenschaftlichen“ Sozialismus

Im Juni 1975 zog der Präsident von Sambia, *Kenneth D. Kaunda*, während der Zusammenkunft des Nationalrates der sambischen Einheitspartei UNIP (United National Independence Party) in seiner programmatischen Rede einen endgültigen Schlußstrich unter die noch nachwir-

kende koloniale Vergangenheit. Als er bei dieser Gelegenheit die ideologischen Grundlagen legte zur Verstaatlichung des Bodens und der Presse, gingen seine Ausführungen als „Wasserscheide“ des politischen Weges in die Geschichte des jungen Staates ein. Damals sagte er:

„Die Parteiarbeit muß darauf gerichtet sein, den Geist (mind) des Volkes zu entwickeln, um seine Freiheit und seinen Lebensstandard zu vergrößern“ (Africa Year Book 1977. Published by Africa Journal Ltd., London, S. 920).

An einer Wasserscheide

Gerade um diese Freiheit zu sichern, nachdem die Versuchung gegeben ist, sie wegen der gegenwärtigen wirtschaftlichen und innerpolitischen Schwierigkeiten einzuschränken, haben die „Führer der christlichen Kirchen in Sambia“ in einem *Rundbrief* „an alle ihre Mitglieder“ jetzt ein klares und klärendes Wort gesagt. In dem im August 1979 veröffentlichten Schreiben (übersetzt und veröffentlicht durch MISSIO München in „Missio Informationen Nr. 10/79) bezogen sie eine deutliche abgrenzende Stellung gegenüber dem „wissenschaftlichen Sozialismus“, den die Regierung seit Anfang letzten Jahres immer uneingeschränkter als Leitlinie des zukünftigen nationalen Weges propagiert. Von seiner kirchlichen und politischen Bedeutung her kann man deshalb diesen Brief der christlichen Kirchen des Landes ebenfalls eine „Wasserscheide“ nennen in deren Selbstbewußtsein und deren Rolle im Staat.

In dem mit „Marxismus, Humanismus und Christentum“ betitelten Schreiben warnen die katholischen Bischöfe, der Christliche Rat und der Evangelische Rat Sambias die Regierung, „ein Programm anzunehmen, das unvermeidlich zur Auflösung der persönlichen Freiheit führen wird“ (Abschnitt Nr. 22 des Rundbriefes).

Wie konnte es zu einer solchen *Frontstellung* zwischen den christlichen Kirchen und der Regierung Sambias unter dem betont „christlichen Humanisten“ Kaunda kommen? Seit der 1964 erreichten Unabhängigkeit des Landes setzte gerade Kaunda sich für einen staatspolitischen Weg ein, der seither für viele außenstehende Beobachter wegen der harmonischen Zusammenarbeit zwischen Kirche und Staat als beispielhaft angesehen wurde.

Als 1968 in Sambia der „sambische Humanismus“, eine Variante des sog. afrikanischen Sozialismus, als Staatsphilosophie eingeführt wurde, legten diesem seine Verfechter und besonders Kaunda selbst als wirtschaftliche, politische und soziale Leitlinie die traditionelle afrikanische Lebenseinstellung und -bewältigung zugrunde, in der das gemeinschaftliche Wohl des Menschen der moralische Maßstab des Handelns sein sollte. In dieses staatsphilosophische Fundament wurden viele christliche Werte der praktischen Nächstenliebe wie auch die Garantierung der allgemeinen Menschenrechte eingearbeitet. Auf dieser Grundlage und im Schutz des geltenden Systems entwickelten sich die christlichen Kirchen in ihrer relativ kurzen Geschichte, die mit den Forschungsreisen des schottischen Missionars Livingstone († 1873) ihren Anfang nahm, zu einer heute den Alltag des Landes prägenden Wirklichkeit. So ist auch ihr öffentlicher Einfluß bedeutender, als ihr Anteil von 45% Christen (25% katholisch, 20% protestantisch) an den sonst überwiegend der traditionellen

Religion angehörenden 5,2 Millionen Einwohnern vermuten ließe.

Bis dahin gab es auch keinen Zweifel, daß die *offizielle Staatsphilosophie* auf solider afrikanischer Tradition ruhte und daß sie mit der christlichen Botschaft nicht nur in Einklang zu bringen war, sondern auch eine Bereicherung für die christlichen Gemeinschaften darstellte. In ihr wie auch im religiösen Empfinden der Afrikaner gab es keinen abgrenzenden Unterschied zwischen geistig-geistlicher und weltlicher Sphäre, zwischen Diesseits und Jenseits, zwischen Religion und Menschsein schlechthin. Ja, bis heute gibt es in den Stammessprachen kein Wort für „Religion“. In der Praxis ist für den Afrikaner ein „religiöser“ Mensch einfach ein „guter“ Mensch, der seinerseits wieder „Mensch Gottes“ genannt wird. Doch diese „Frömmigkeit“ kam in den vergangenen Jahren der politischen Unabhängigkeitsbewegung und der wirtschaftlichen Entwicklung, die eher als „Krisen-Entwicklung“ gekennzeichnet werden kann, stark unter den Druck der Politisierung und des praktischen Materialismus.

So bat Kaunda schon in den sechziger Jahren die Kirchen, „neue Mittel und Methoden zu finden, um den Kampf in der moralischen und geistigen Wüste immer besser führen zu können“, denn er sah, wie „seine Leute sich verzehren im Materialismus und so die geistige Ebene ihres Lebens verlieren“ (Diesen Gedanken wiederholte Kaunda zuletzt am 29. Juli 1979 in einer Rede vor den Heilig-Kreuz-Schwestern, vgl. „Times of Zambia“ 30. 6. 79).

Doch das vorrangige Ziel seines von den Kirchen geforderten Dienstes war immer, dem „einfachen Menschen“ (the common man) ein menschenwürdiges Leben, frei von Hunger, Krankheit und Unwissenheit, zu ermöglichen. Zur Verwirklichung dieses humanistischen Ideals sind für Kaunda sowohl der Staat wie auch die Kirchen vorzügliche und notwendige *Mittel*. Diese Überzeugung drückte er schon 1967 folgendermaßen aus: „Da die Kirche als auch der Staat ihre Existenz der Gesellschaft verdanken, der zu dienen sie behaupten, und da wir glauben, daß alles Leben von Gott kommt, können wir sagen, daß die Kirche und der Staat sowohl Gott als auch dem Menschen dienen“ (Rede vor der Synode der Anglikanischen Diözese von Sambia, 1967, in: „Humanismus in Sambia“, S. 57. Hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft evangelischer Kirchen, Stuttgart).

Verschlechterung des innenpolitischen Klimas

So wurde Präsident Kaunda und auch die Einheitspartei in all den Jahren seit der Unabhängigkeit nie müde, diesen Humanismus zu predigen. Die Kirchen leisteten ihren Beitrag zur Verwirklichung dieses Fortschritts-Programms besonders durch ihr „Graswurzel“-Engagement in der Gesundheitsfürsorge, in der Landwirtschaft und in den Genossenschafts-Sparkassen. Aber immer deutlicher trat der Mangel an struktureller Planung, der oft durch wohlgemeinte, aber wirkungslose Parolen verdeckt wurde, zutage. Schuld an dieser Entwicklung war auch die

sich seit 1974 auf einer Talwanderung befindende Kupferindustrie, die mit über 90% am Exportaufkommen des Landes beteiligt ist; schuld daran war auch eine in der Kolonialzeit und den darauffolgenden Jahren vernachlässigte Landwirtschaft, so daß heute aufgrund der zunehmenden Verstädterung doppelt soviel Lebensmittel eingeführt werden müssen als im Jahr der Unabhängigkeit; ebenfalls mitverursacht wurde diese Notlage durch den leidenschaftlichen und kostspieligen Einsatz Sambias für ein freies und demokratisches Zimbabwe-Rhodesien.

Obwohl der Ausbau des freien Schul- und Gesundheitswesens trotz der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen weiter vorangetrieben wurde, allerdings teuer bezahlt durch erdrückende Auslandsverschuldung und merklichen Niveauverlust, konnte es nicht ausbleiben, daß die Begeisterung für den eingeschlagenen Weg und dessen „Ingenieure“ abflachte. So gingen noch 1968 bei allgemeinen Wahlen 77% aller registrierten Wähler zu den Urnen. 1973 dagegen waren es nur noch 40%. Während bei den letzten Wahlen im Dezember 1978 die Wahlbeteiligung wieder stieg, verdoppelten sich dieses Mal, und dies ist symptomatisch für das gegenwärtige politische Klima im Lande, die Nein-Stimmen gegen den einzigen Präsidentschaftskandidaten, Kaunda (vgl. Africa Research Bulletin 12/78).

In der mißlichen Lage wurde auch das *innen- und außenpolitische Klima* im Lande immer gereizter. Sambia sah sich faktisch wirtschaftlich und politisch von den westlichen Ländern sowohl an der inneren Wirtschaftsfront als auch an der politischen Kriegsfront am Sambesi allein und im Stich gelassen. Dafür erhielt es die ideelle und materielle Unterstützung vom sozialistischen und kommunistischen Lager. Besonders die Chinesen hinterließen einen nachhaltigen Eindruck durch ihre beispielhafte und großzügige Hilfe beim Bau der Tanzania-Sambia-Eisenbahn (Tazara), die im Oktober 1975 offiziell eröffnet wurde. Wenn schon bei der Planung, und heute erst recht, ihre wirtschaftliche Rentabilität in Frage stand, weshalb auch ihre Finanzierung von westlicher Seite abgelehnt wurde, so wurde ihr Bau doch als eine moralische und wirtschaftliche Befreiung vom „weiß-beherrschten“ südlichen Afrika empfunden, von dem es verkehrstechnisch abhängig war und damit auch verwundbar blieb. Bei dieser chinesischen Hilfe wurde nicht nur ihre technische Seite bewundert, sondern besonders auch ihre „menschliche“ Verwirklichung durch unter sich „gleiche“ klassenlose Menschen, die buchstäblich auch Hand in Hand mit den afrikanischen „Kameraden“ den Bahndamm durch die weite Savanne bauten. Hier sahen die Sambianer, an ihrer Spitze der Staatspräsident, ihre Idealvorstellung vom „einfachen Menschen“ und seiner möglichen Leistungen am weitesten verwirklicht: von außen unabhängig, sich selbst versorgend, meistert er die Herausforderungen der Gegenwart und bereitet so eine bessere Zukunft vor.

Die Kirchen schienen bei dieser wachsenden Sympathie für den *chinesischen* Weg erst langsam bemerkt zu haben, daß damit auch eine Ideologisierung einherging, die die Wahrheit der christlichen Botschaft an ihrer Nützlichkeit

für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt des Landes maß. Äußerlich konnte man diese Entwicklung daran bemerken, daß z. B. die kirchliche Stimme im Rundfunk und Fernsehen und auch in der staatlichen Presse weniger und weniger gehört wurde.

Aus der Etappe könnte das Ziel werden

Dies hatte nicht unmittelbar mit der grundsätzlich religiösen Haltung des Afrikaners und seiner Anerkennung der Wirklichkeit Gottes zu tun, die für ihn wie „klares Wasser“ ist. Aber sozial scheinen, wie sich Kaunda ausdrückt, Marx, Gandhi oder Mao-Tse-tung mehr geleistet zu haben als Christus und nach ihm die Christen. Weshalb sollte deshalb, so fragt er, Sambia nicht den erfolgreichen Weg dieser großen Vorbilder gehen, der in Wirklichkeit kein anderer sei als der der praktizierten christlichen Nächstenliebe? Daß hierbei das Ideal, an dem der gläubig-gute Mensch gemessen wird, letzten Endes der gleichgeschaltete marxistische Mensch ist, scheint ihn nicht zu stören. Im Gegenteil, er möchte dieses Vorbild bereichern, indem er ihm seine atheistischen Scheuklappen wegnimmt, damit es seinen ansonsten richtig entworfenen Fortschrittsplan besser verstehen und verwirklichen kann.

So sieht Kaunda und die „allmächtige“ Einheitspartei den Sozialismus nicht als Endziel in sich, sondern als Etappe auf dem Weg zum „sambischen Humanismus“, der die sozialistische Methode und das christlich jenseitige Ziel zu einer fruchtbaren Einheit führen will. Wenn nun in letzter Zeit dieser sozialistisch-marxistische (beide Wörter werden in Sambia meist synonym gebraucht) Weg als „wissenschaftlich“ qualifiziert worden ist, so nur insofern, als damit seine Verwirklichung und der davon erwartete Fortschritt systematisch vorangetrieben werden soll. „So liegt auch“, wie in der regierungseigenen Zeitung zu lesen war, „der einzige Grund, warum die Partei sich langsam dem Marxismus-Leninismus zuwendet, sicherlich in seinen praktischen Vorteilen bei der Verwirklichung einer humanistischen Gesellschaft“ („Times of Zambia“, 17. 9. 79). Der mit dieser Politik drohende Freiheitsverlust und die Dienstbarmachung der Religion schreckte die verschiedenen Kirchenführer im Lande auf. Auch stellten sie fest, wie die sozialen Probleme im Lande selbst, die wie die durch stetige Landflucht sich krankhaft aufdunsenden Städte oder wie Alkoholismus und Kriminalität Ausdruck und Folge gestörter traditioneller menschlicher und religiöser Bindungen sind, sich laufend verschlimmerten. Auch sahen sie, wie die Parteiführer und -mitglieder ihre Programme mehr ideologisierten als praktizierten und wie die „marxistischen Bruderstaaten“ von Sambia, Mosambik und Angola „die Religion als ein Hindernis für das Fortschreiten des revolutionären Prozesses“ betrachteten und wie dort der Versuch unternommen wird, „die Kirche zu lähmen und sie von ihrer Arbeit abzuhalten, die sie bis jetzt für die ganzheitliche Entwicklung des Menschen getan hat“ (Abschnitt Nr. 7 des Rundbriefes). Darüber hinaus bezweifeln die Kirchenführer, die oft hautna-

her den Puls des einfachen Mannes fühlen als der bürokratisch schwerfällige Parteiapparat, daß der angesteuerte „wissenschaftliche“ Sozialismus wirklich dem Mehrheitswunsch der Bevölkerung entspricht.

Den Kirchenführern kommt es offensichtlich vor allem darauf an, Verharmlosungen des „wissenschaftlichen Sozialismus“ bzw. der kommunistischen Ideologie entgegenwirken. Mit Nachdruck wehren sie sich gegen die Version, Christentum und wissenschaftlicher Sozialismus unterschieden sich „nur“ darin, daß letzterer nicht an Gott glaubt. Das sei eine grobe Vereinfachung. Die Differenz sei grundlegend und betreffe das Verständnis des ganzen Menschen. Der christliche Humanismus sei bestrebt, Bedingungen zu schaffen, die sowohl geistigen als auch materiellen Bedürfnissen entsprechen. Im Gegensatz dazu messe „der marxistische Humanist den Wert des Menschen an seiner Nützlichkeit für das Wachstum der Menschheit“. Der christliche Glaube an Gott führe notwendigerweise zu einer klar definierten Auffassung vom Menschen und ziehe sich so „durch alles hindurch, was wir für die menschliche Entwicklung zu tun versuchen“. In gleicher Weise beeinflusse der atheistische Glaube der Marxisten ihr Menschenverständnis und all das, was sie mit ihm oder für ihn tun. Für Christen sei Gott das, wonach die Menschen letzten Endes streben, und diese göttliche Bestimmung schütze die unveräußerlichen Rechte einer jeden einzelnen Person. Für Marxisten hingegen gebe es keine solche Garantie der Menschenrechte. Der totalitäre kommunistische Staat fordere die absolute Macht über den Menschen.

Dennoch sind die fünf Fragen, die die Führer der christlichen Kirchen in dem gemeinsamen Rundschreiben an die Regierung richten, zunächst nicht so sehr als Vorwürfe oder als Verurteilung des ursprünglich eingeschlagenen politischen Weges zu verstehen, sondern eher als ein Beitrag zu seiner Klärung und Absicherung gegenüber sich abzeichnenden Gefahren. Sie fragen:

1. Inwieweit steht hinter der Entscheidung für die marxistische Ideologie die Mehrheit der Partei?
2. Welches Mitsprache- und Mitentscheidungsrecht hatte der einfache Mann bei der Adoption des wissenschaftlichen Sozialismus?
3. Ist vielleicht dieser neue Kurs von einer radikalen Basisgruppe in der Partei den Führern aufgedrängt worden, die ihrerseits um ihre Positionen bangen?
4. Sind die Eltern nach ihrer Meinung gefragt worden, wenn ihre Kinder mit wissenschaftlichem Sozialismus indoktriniert werden sollen?
5. Inwieweit soll der wissenschaftliche Sozialismus Schulfach werden und den Religionsunterricht verdrängen? (Abschnitt Nr. 23 des Rundbriefes)

Die Kirchen dürfen sich selbst nicht in Verdacht bringen

Die bisherige Antwort, die Präsident Kaunda bei einem Arbeitsempfang am 5. Oktober 1979 den geladenen Kir-

chenführern, unter ihnen der Präsident der sambischen Bischofskonferenz, Bischof *Dennis Harold De Jong* von Ndola, gab, war eher beschwichtigend als klärend. Er empfahl ihnen, „sie sollten den Marxismus und Leninismus nicht fürchten, weil diese Ideologien genauso hierbleiben werden wie das Christentum“. Denn beider Aktionsprogramm sei das gleiche. Den einzigen Unterschied sah Kaunda darin, „daß der Marxismus nicht an den Kapitalismus glaubt, während das andere (das Christentum) es tut“ („Times of Zambia“, 6. 10. 79). Es ist aber wohl nicht zu leugnen, daß hinter diesem Bekenntnis nicht nur eine Vorliebe für ein marxistisches Entwicklungsmodell, sondern auch Zeichen einer beginnenden Abhängigkeit vom Osten, diesmal von der *Sowjetunion*, steckt, die Sambia als Frontstaat im südlichen Afrika bereitwillig mit Waffen zu Hilfe kommt.

Es ist also sehr klar, wo der gefürchtete und bekämpfte Feind liegt und wer er ist. Das System, unter dem die jungen Staaten Afrikas kolonisiert und oft auch christianisiert wurden, wird immer noch als drohende Gefahr empfunden. Daß die christliche Botschaft und das christliche Beispiel noch nicht oder nur unklar als der Weg zu einer gerechten menschlichen Gesellschaftsordnung gesehen werden, sollte eine beunruhigende Herausforderung an die missionarische und auch einheimische Kirche bleiben trotz und wegen ihres selbstlosen Einsatzes für die dortigen Menschen. Steht vielleicht ihre „Macht“, wenngleich sie auch für die Armen eingesetzt wird, nicht noch in einem indirekten Bündnis mit kapitalistischen Praktiken, die „die Kirchen zu tolerieren scheinen, im Gegensatz zu dem wissenschaftlichen Sozialismus, der genauso revolutionär ist wie das Christentum und mehr mit ihm vereinbar ist als der Kapitalismus?“ („Times of Zambia“, 2. 10. 79) Diesen Verdacht müssen die Kirchen ausräumen durch religiös durchsichtiges und lauterer Handeln.

Es wurden auch innerkirchliche Stimmen laut, die sich kleinlaut vom „Mahnschreiben“ der christlichen Führer etwas distanzieren. So erklärte Pfarrer *Sikazwe*, Moderator der Vereinigten Kirche von Sambia (UCZ), die Mitglied des Christlichen Rates von Sambia ist, am 25. September in der Presse, daß seine Kirche bei der Unterzeichnung des Dokumentes nicht um ihre Meinung gefragt worden sei und so auch nicht hinter seinem Inhalt stehe. „Gegenwärtig sieht die UCZ keine Anzeichen dafür, daß Sambia den Weg des Kommunismus geht.“ Sambia sei ein humanistischer Staat, und der Humanismus sei ein Kind des Christentums („Times of Zambia“, 25. 9. 79).

Wie wird es weitergehen? Wird die gegenwärtige ideologische Auseinandersetzung in Sambia auch solch häßliche und unmenschliche Fronten aufwerfen wie z. B. in Mozambique? Auch wenn man davon ausgehen kann, daß eine atheistische Ideologie vorerst auf kein freies und breites afrikanisches Verständnis und noch viel weniger auf Gegenliebe stoßen wird, so besteht wohl doch die reale Gefahr, daß die sich anbietenden Geister, die in einer bedrückenden Lage gerufen wurden, zu einer noch erdrückenderen Besessenheit führen können. Eine Vertreibung

des „kapitalistischen“ Teufels (dem oft in einer hinteren Stube die Ehre erwiesen wird) durch einen marxistischen Beelzebub würde zu einer schlimmeren Versklavung führen als die gegenwärtig mit ihm bekämpfte materielle und soziale Not.

Andererseits ist ebenso klar, daß der Ellenbogen-Kapitalismus dem gemeinschaftsbezogenen Afrikaner keine Lösung bieten kann für das *gestörte Gleichgewicht* zwischen seinem religiös fundierten Weltbild und dem erstrebten technischen Fortschritt. Das Problem besteht darin, wie man persönliche Gewinnsucht als Anreiz zum Fortschritt mit dem gemeinschaftlichen, auf Gleichheit angelegten afrikanischen Lebensideal fruchtbar verbinden kann. Die Kirchen mit ihrer besorgten Anfrage wie auch die Regierung mit ihrem Sozialismusprogramm suchen nach Lösungsmöglichkeiten. Beide machen aber auch zugleich die inneren und äußeren Grenzen sichtbar, die den einzelnen Wegen vorgegeben sind.

Eindeutig erfolgreiche und gelungene *Vorbilder* gibt es dafür in Afrika noch nirgends. Das mit Sambia befreundete Nachbarland Tansania ist vielleicht bisher diesem Ideal noch am nächsten gekommen. Doch auch die tansanische Führung fängt an, ihre Ziele in der Auseinandersetzung mit der harten Wirklichkeit zurückzustecken. Denn Gemeinschaft ohne lebensnotwendigen Wohlstand wird zu

einer ideologischen Zeitbombe; aber vielleicht liegt die größere Gefahr im Wohlstand ohne lebendige Gemeinschaft, der den Menschen unter dem Gewicht seiner eigenen Leistung zu erdrücken droht.

Die nächsten Schritte abwägen

Es wird deshalb zunächst einmal vonnöten sein, daß die Kirchen und der Staat unvoreingenommen die Schritte in die Zukunft abwägen und das angestrebte Ideal entideologisieren, um es dann nach seinem Inhalt und seiner Realisierbarkeit zu überprüfen. Ein rechtzeitiges klärendes und warnendes Wort hierzu, wie es jetzt die Kirchenführer in bezug auf wissenschaftlichen Sozialismus, den die Politiker dem Land als zukünftige Marschroute vorschreiben wollen, ausgesprochen haben, kann eigentlich nur als kirchliche Hilfe zur staatlichen Selbsthilfe dieses Entwicklungslandes angesehen werden.

Doch sollte in diesem Klärungsprozeß nicht vergessen werden, was die Babemba, ein Stamm im Norden Sambias in zwei Sprichwörtern so ausdrücken: „Wer etwas Unangenehmes offen sagt, ist kein böser Mensch, sondern nur, wer es kolportiert“ und „Wer in ein Dickicht vorstoßen will, darf sich nicht vor fremden Geräuschen fürchten“.

Reinhold Bloching

Notizen

Pflichtlektüre für den gewerkschaftlichen Nachwuchs

Zu einem Buch von Georg Leber

Im Herbst 1979 erschien im Seewald-Verlag (Stuttgart) unter dem Titel „Vom Frieden“ (336 S., 36.-DM) ein Memoiren-Buch von Georg Leber, das sich weniger als Selbstbiographie denn als eine Art Erfahrungsbericht über 30 Jahre Bundesrepublik aus der Sicht des ehemaligen Verteidigungsministers und Gewerkschaftsführers Leber darstellt. Der Vorsitzende der Sozialausschüsse, Norbert Blüm MdB, schrieb für uns dazu die folgenden Anmerkungen.

Georg Leber gehört zu jenem Politikertyp, welcher die einfachen Formen und Formeln bevorzugt. Doch der Stammbaum der Einfachheit hat viele Zweige. Zu seinen unsympathischen gehören jene, die Einfachheit mimen, weil sie populär ist, und Formeln bevorzugen, weil sie sich so leicht zu Schlagworten verarbeiten lassen. Weder mit der einen noch der anderen Form der Einfachheit hat Ge-

org Leber jedoch etwas zu tun. Sein Lebensweg ist durch Mut zur Unpopularität markiert.

Einfachheit ohne Popularitätskalkül

Es war nicht der Weg des geringsten Widerstandes, als er Kommunisten aus der IG Bau-Steine-Erden „heraus-schmiß“, und nicht bequem, als Gewerkschafter für Notstandsgesetze einzutreten. Und es wäre einfacher gewesen, Klassenkampf statt Partnerschaft zur Maxime der Bauarbeiter zu machen. Die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand hat heute noch entschiedene Gegner unter den Gewerkschaftsvorsitzenden. Der Baugewerkschaftsvorsitzende Leber hat sie, gestützt auf Ideen von Nell-Breuning, gegen Widerstand von rechts und links durchgesetzt,